

- Im operativen Bereich der Finanzverwaltung werden ab dem Jahr 2015 550 Planstellen von den Einsparungsvorgaben ausgenommen. Es handelt sich daher nicht wie angekündigt um eine tatsächliche Aufstockung des Personalstandes, sondern vielmehr um eine Kürzung gegenüber dem Jahr 2013 (11.655). Damit können aber immerhin ab 2015 die Planstellen im operativen Bereich der Finanzverwaltung (Finanzämter, Großbetriebsprüfung, Steuerfahndung, Finanzpolizei) gehalten werden. Unklar ist, ob diese Planstellen eine finanzielle Bedeckung haben.
- Im Bereich Bildung und Frauen werden in den Jahren 2014 und 2015 jeweils 60 Planstellen zu Entlastung der LehrerInnen für die IT-Betreuung zur Verfügung gestellt.
- 100 Justizwachebedienstete sind bereits im Personalplan für 2014 enthalten.

Das zum Jahresende 2013 beschlossene **neue LehrerInnendienstrecht wird erst ab dem Schuljahr 2019/2020 wirksam**. Bis dahin eintretende LehrerInnen können zwischen dem alten und neuen Dienstrecht wählen.

Bei einer Beurteilung des Personalplans ist die Änderung des Bundesministeriengesetzes zu berücksichtigen, das zu Verschiebungen zwischen einzelnen Untergliederungen (UG 10 Bundeskanzleramt, UG 11 Inneres, UG 12 Äußeres, UG 25 Familien und Jugend, UG 30 Bildung und Frauen) bzw zur neuen Untergliederung (UG 32 Kunst und Kultur) geführt hat. Dadurch sind Vergleiche je UG zwischen dem BFRG 2014-2017 aus dem Jahr 2013 mit dem BFRG 2015 bis 2018 nicht möglich. Das erschwert die Beurteilung der Planstellenentwicklung. Die **Personalpolitik** im BFRG 2015-2018 **insgesamt** kann aber jedenfalls als **restriktiv** bezeichnet werden: Zwischen 2014 und 2018 werden die Planstellen um 682 zurückgefahren.

Der vorgelegte **Personalplan** 2015-2018 wird gegenüber jenem im BFRG 2014-2017 gelockert, ist aber dennoch in mehrfacher Hinsicht **kritisch zu bewerten**. Einmal erfolgen die Kürzungen weitgehend undifferenziert, auf notwendige und sinnvolle Nachbesetzungen wird keine Rücksicht genommen. Im Bereich der operativen Finanzverwaltung musste bereits die Reißleine gezogen werden. Das ist positiv zu beurteilen, reicht jedoch für eine Ausweitung der Prüftätigkeit der Finanzverwaltung, insbesondere im Bereich der Großbetriebsprüfung nicht aus. Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ist der Aufnahmestopp 2014 bzw die nur teilweise Nachbesetzung ab 2015 aufgrund des weiterhin angespannten Arbeitsmarktes problematisch. Drittens schließlich erfolgt der Personalabbau weiterhin losgelöst von Reformen der Verwaltung und des föderalen Systems in Österreich.

4.3 Entwicklung der Auszahlungen

Der Vergleich der Auszahlungsobergrenzen bis 2018, der aufgrund kleinerer Sondereffekte für einzelne Untergliederungen erst ab 2015 uneingeschränkt möglich ist, zeigt die nach wie vor **gedämpfte Entwicklung der Auszahlungen**. Diese steigen im Zeitraum von 2015 bis 2018 mit durchschnittlich 2,7 % pro Jahr, und damit klar langsamer als die nominelle Wirtschaftsleistung (3,7 % p.a.).

Das entspricht allerdings trotzdem einer **Lockerung gegenüber dem letzten Bundesfinanzrahmen**, der mit wenigen Ausnahmen niedrigere Auszahlungsobergrenzen für die Rubriken vorgesehen hatte. Wichtigste Änderungen sind die zusätzlichen Mittel für die Hypo Alpe Adria auf der einen und deutlich niedrigere Auszahlungen in der Rubrik 5 (v.a. Zinszahlungen) auf der anderen Seite. Mit etwa 500 Mio Euro pro Jahr kam es zudem zu einer wesentlichen Anhebung der Auszahlungsobergrenze in der UG 20 – Arbeit. Ab 2015 wurden auch die – vollständig variablen – Auszahlungsobergrenzen in der UG 22 – mit durchschnittlich rund 1 Mrd Euro nach oben – an das neue Gutachten der Pensionskommission angepasst, während die BeamtInnenpensionen nach unten korrigiert wurden.

Höhere Ausgaben von durchschnittlich mind. 100 Mio Euro pro Jahr (vor Kürzung bei den Ermessensausgaben) sind zudem für die Bereiche Wissenschaft (UG 31), Landwirtschaft (UG 42), Finanzausgleich (UG 44) und Bundesvermögen (UG 45) vorgesehen.

Abbildung 21: Entwicklung der Auszahlungsobergrenzen bis 2018

BFRG 2015 - 2018 in Mio Euro	2013 vorl. Erfolg	2014 BVA	2015	2016	2017	2018	2015-18 Ø Ver.JJ.	2013-18 Ø Ver.JJ.
	BFR/Strategiebericht 2015 -2018							
1 Präsidentschaftskanzlei	8,0	7,6	7,9	8,1	8,3	8,4	2,1%	1,0%
2 Bundesgesetzgebung	146,2	158,8	139,9	143,6	145,8	147,7	1,8%	0,2%
3 Verfassungsgerichtshof	13,2	14,1	14,7	15,1	15,4	15,7	2,2%	3,5%
4 Verwaltungsgerichtshof	18,0	18,8	19,3	19,5	20,0	20,5	2,0%	2,6%
5 Volksanwaltschaft	9,4	10,0	10,2	10,4	10,6	10,8	1,9%	2,8%
6 Rechnungshof	30,1	31,2	30,2	31,2	32,1	32,9	2,9%	1,8%
10 Bundeskanzleramt**	335,6	396,0	383,6	378,7	384,4	391,2	0,7%	
11 Inneres**	2.523,9	2.529,6	2.446,9	2.553,9	2.618,1	2.681,0	3,1%	
12 Äußeres**	411,9	418,8	399,1	401,8	405,8	409,7	0,9%	
13 Justiz	1.311,1	1.298,5	1.269,4	1.288,7	1.310,5	1.330,7	1,6%	0,3%
14 Militärische Angelegenheiten u. Sport	2.273,0	2.157,0	1.981,7	2.018,1	2.055,0	2.090,6	1,8%	-1,7%
15 Finanzverwaltung	1.139,5	1.101,1	1.125,0	1.138,8	1.159,0	1.184,7	1,7%	0,8%
Rubrik 0,1 - Recht und Sicherheit*	8.220,0	8.141,6	7.838,0	8.017,8	8.174,9	8.333,8	2,1%	0,3%
20 Arbeit	6.707,5	7.028,3	7.147,2	7.230,2	7.331,8	7.513,8	1,7%	2,3%
21 Soziales u. Konsumentenschutz	2.930,1	2.923,3	3.000,2	3.062,9	3.078,6	3.115,3	1,3%	1,2%
22 Pensionsversicherung	9.793,1	10.194,0	10.680,0	11.112,0	11.710,0	12.268,0	4,7%	4,6%
23 Pensionen - BeamtInnen	8.611,1	8.973,6	9.288,4	9.617,0	9.957,1	10.290,5	3,5%	3,6%
24 Gesundheit	968,6	953,3	957,0	1.043,7	1.082,7	1.110,2	5,1%	2,8%
25 Familie u. Jugend**	6.570,3	6.805,4	7.023,5	7.252,7	7.490,3	7.737,6	3,3%	
R. 2 - Arbeit, Soziales, Gesundheit u. Fam.*	35.580,5	36.877,9	38.106,3	39.328,4	40.660,5	42.045,4	3,3%	3,4%
30 Bildung und Frauen**	8.086,7	8.078,7	7.992,7	8.103,7	8.256,1	8.391,6	1,6%	
31 Wissenschaft und Forschung**	3.900,4	4.078,1	3.950,4	4.073,1	4.104,8	4.140,5	1,6%	1,2%
32 Kunst und Kultur** ***	429,7	368,6	441,7	425,1	425,7	428,7	-1,0%	
33 Wirtschaft (Forschung)	99,5	101,6	101,6	101,6	101,6	101,6	0,0%	0,4%
34 Verkehr, Innovation u. Techno. (Forschung)	369,9	424,2	429,2	429,1	429,1	429,1	0,0%	3,0%
R. 3 - Bildung, Forschung, Kunst u. Kultur*	12.886,2	13.051,2	12.925,6	13.142,6	13.327,4	13.501,4	1,5%	0,9%
40 Wirtschaft**	402,1	360,7	364,6	348,8	353,0	355,6	-0,8%	
41 Verkehr, Innovation u. Technologie	2.952,9	3.173,8	3.349,4	3.584,5	3.774,1	3.953,5	5,7%	6,0%
42 Land-, Forst- u. Wasserwirtschaft	2.126,4	2.226,3	2.144,8	2.176,3	2.182,8	2.198,0	0,8%	0,7%
43 Umwelt	794,7	639,0	621,5	643,5	644,5	645,5	1,3%	-4,1%
44 Finanzausgleich	880,3	1.014,0	988,7	1.038,3	1.026,4	1.002,2	0,5%	2,6%
45 Bundesvermögen	1.717,4	1.540,3	1.020,3	1.006,0	1.033,7	1.028,7	0,3%	-9,7%
46 Finanzmarktstabilität	3.286,5	1.831,6	431,0	530,8	430,8	302,8	-11,1%	-37,9%
R. 4 - Wirtschaft, Infrastruktur, Umwelt*	12.160,3	10.785,7	8.930,3	9.338,2	9.455,2	9.496,3	2,1%	-4,8%
51 Kassenverwaltung	323,8	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,0%	
58 Finanzierungen, WTV	6.396,6	6.903,5	6.557,5	7.861,2	7.354,4	7.128,4	2,8%	2,2%
Rubrik 5 - Kassa und Zinsen*	6.720,3	6.904,5	6.568,5	7.872,2	7.365,4	7.139,4	2,8%	1,2%
Auszahlungsobergrenzen insg.	75.567,3	75.760,9	74.368,7	77.699,2	78.983,3	80.516,3	2,7%	1,3%

Quelle: BMF, eigene Darstellung. *enthalten zusätzlich zur Summe der Untergliederungen der Rubrik ab 2015 jeweils eine Marge von 10 Mio. **Durch die Verschiebung von Kompetenzen in der neuen Regierung per 1.3.2014 sind diese UGs in den Jahren 2013 u. 2014 nur bedingt mit den Folgejahren vergleichbar. ***Der Wert für 2013 umfasst die beiden Globalbudgets für Kunst und Kultur, die in den BMF-Unterlagen in der UG 30 geführt werden.

Ein nennenswerter **Sondereffekt**, der einen exakten direkten Vergleich mancher UGs verunmöglicht, ergibt sich aus der unterjährigen Änderung der Aufgabenverteilung in der Regierung durch die **Novelle des Bundesministeriumsgesetzes per 1.3.2014**: Dies betrifft die Verschiebung¹⁰

- von den Kunst- und Kulturagenden vom Bildungsministerium ins Bundeskanzleramt, die zur Wiedereinrichtung der UG 32 „Kunst und Kultur“ führt (442 Mio Euro 2015)
- Übernahme der Kultusagenden im Bundeskanzleramt (57,1 Mio Euro) aus der UG 30

¹⁰ Folgende Beträge beziehen sich jeweils auf den BVA-E 2015

- der Integrationsagenden von der UG 11 in die UG 12 (Detailbudget 12.02.03 im neuen Globalbudget „Außen- und integrationspolitische Maßnahmen“, dessen heterogene Zusammensetzung budgettechnisch zu kritisieren ist; 22,2 Mio Euro),
- der Frauenpolitik von der UG 10 in die UG 30 (GB 5; 10,2 Mio Euro 2015)
- von Teilen der Zentralleitung des Wirtschaftsministeriums ins neugegründete Familien- und Jugendministerium, daher von der UG 40 in die UG 25 (Höhe unklar)

Letztlich ist auf eine weitere **technische Änderung in der UG 51** zu verweisen. Bisher kam es hier langfristig betrachtet zu einer Budgetverlängerung, da die Abgabenanteile für die Siedlungswasserwirtschaft zuerst auf ein Sonderkonto des Bundes – und damit in der UG 51 – gebucht wurden, ehe sie an die UG 43 für die dortigen Auszahlungen im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft transferiert wurden. Weil diese Abgabenanteile nun direkt in der UG 43 verbucht werden, kommt es in der UG 51 sowie insgesamt zu einem um 0,3 Mrd Euro niedrigeren Niveau an Aus- und Einzahlungen.

Abbildung 22: Veränderung der Auszahlung(sobergrenzen) zum letztjährigen Strategiebericht

BFRG 2015 - 2018 in Mio Euro	2013	2014	2015	2016	2017
	Vgl zu Strategiebericht 2014-2017				
1 Präsidentschaftskanzlei	0,2	0,1	0,5	0,5	0,5
2 Bundesgesetzgebung	9,9	21,1	1,6	1,3	1,6
3 Verfassungsgerichtshof	0,4	0,0	-0,1	0,0	0,0
4 Verwaltungsgerichtshof	-0,1	0,0	0,6	0,5	0,4
5 Volksanwaltschaft	-0,8	0,1	0,1	0,1	0,1
6 Rechnungshof	-0,5	0,8	-0,1	0,0	0,0
10 Bundeskanzleramt**	-0,2	55,9	55,7	48,2	49,8
11 Inneres**	18,9	34,9	-27,0	17,6	19,4
12 Äußeres**	9,3	38,4	14,6	14,5	14,5
13 Justiz	21,9	-1,2	-24,2	-24,2	-24,3
14 Militärische Angelegenheiten u. Sport	123,6	23,2	-39,6	-39,4	-39,0
15 Finanzverwaltung	-54,3	-0,4	28,8	20,7	18,9
Rubrik 0,1 - Recht und Sicherheit*	128,4	162,8	10,9	39,6	41,7
20 Arbeit	301,7	435,2	565,9	619,9	483,0
21 Soziales u. Konsumentenschutz	29,3	-2,6	17,8	21,3	34,4
22 Pensionsversicherung	-173,1	95,3	796,7	1.037,6	1.325,3
23 Pensionen - BeamtInnen	-82,8	24,9	7,2	-200,8	-122,5
24 Gesundheit	42,8	10,0	-14,6	82,6	79,7
25 Familie u. Jugend**	3,9	4,8	-50,0	-101,4	-123,3
R. 2 - Arbeit, Soziales, Gesundheit u. Fam.*	121,7	557,7	1.322,9	1.459,2	1.676,6
30 Bildung und Frauen**	13,5	18,7	-47,6	-135,5	-119,9
31 Wissenschaft und Forschung**	-121,6	106,9	-16,0	102,9	118,2
32 Kunst und Kultur*** ****					
33 Wirtschaft (Forschung)	1,6	0,0	0,0	0,0	0,0
34 Verkehr, Innovation u. Techno. (Forschung)	-36,2	0,0	0,0	0,0	0,0
R. 3 - Bildung, Forschung, Kunst u. Kultur*	-142,7	115,5	-63,5	-32,6	-1,5
40 Wirtschaft**	-19,3	-29,9	-22,6	-43,1	-43,6
41 Verkehr, Innovation u. Technologie	38,8	-57,0	-64,3	28,6	-7,2
42 Land-, Forst- u. Wasserwirtschaft	32,9	92,0	86,3	112,6	113,9
43 Umwelt	136,4	8,5	-9,9	-9,9	-8,9
44 Finanzausgleich	76,3	175,1	118,2	129,8	83,2
45 Bundesvermögen	-543,0	-0,4	369,8	356,5	5,2
46 Finanzmarktstabilität	857,2	1.698,5	297,9	397,7	297,7
R. 4 - Wirtschaft, Infrastruktur, Umwelt*	579,4	1.876,8	775,4	972,1	440,3
51 Kassenverwaltung	-13,7	-281,5	-259,5	-253,2	-253,2
58 Finanzierungen, WTV	-111,4	-999,9	-1.347,7	-998,0	-1.504,8
Rubrik 5 - Kassa und Zinsen*	-125,2	-1.291,4	-1.607,2	-1.251,2	-1.758,0
Auszahlungsobergrenzen insg.	561,5	1.421,5	438,4	1.187,0	398,9

Quelle: BMF, eigene Darstellung. Anmerkungen vgl. vorige Abbildung.